



Kiel, 08.04.2016

An den  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Wirtschaftsausschuss

24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/5892

Stellungnahme der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Schleswig-Holstein, zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 18/3408 (neu), zum Thema „Keine Zentralisierung der Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde für Großraum- und Schwerverkehre“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, DPoIG, Landesverband Schleswig-Holstein, bedankt sich für die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme zu dem Antrag der CDU und FDP und nimmt wie folgt Stellung:

Gerade in Schleswig-Holstein stellt die Begleitung von Großraum- und Schwertransporten für die Polizei seit geraumer Zeit eine enorme Belastung dar. Insbesondere durch Gründung großer Windparks überall im Lande sind bereits seit Jahren steigende Zahlen genehmigter Transporte festzustellen.

Die Genehmigungen für diese Transporte werden dabei nicht nur von Behörden innerhalb Schleswig-Holsteins erteilt sondern zu einem Großteil auch von Genehmigungsbehörden aus ganz Deutschland (je nachdem wo der Hersteller gewisser Anlagen seinen Betrieb hat).

In das Genehmigungsverfahren selbst ist die Polizei nicht direkt involviert.

Für die Polizei stellt es kaum einen Unterschied dar, von wo aus die Genehmigungen erteilt werden. Welche berechnete Behörde die Genehmigung erteilt ist nicht das polizeiliche Problem sondern die Vielzahl der zu begleitenden Transporte.

Frank Hesse  
Stellvertretender Landesvorsitzender  
DPoIG Schleswig-Holstein